



RATUBS Nr. 2/2017

Edmund Brandt

Fundstücke 2

Weitere Entdeckungen in der Bibliothek
des Instituts für Rechtswissenschaften
der Technischen Universität Braunschweig



Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere
der Technischen Universität Braunschweig

Herausgegeben von
Prof. Dr. Edmund Brandt
apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck



Edmund Brandt

Fundstücke 2

Weitere Entdeckungen in der Bibliothek
des Instituts für Rechtswissenschaften
der Technischen Universität Braunschweig



BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von



Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e. V.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

© 2017 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,
Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin,
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Druck: docupoint, Magdeburg

Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN Print: 978-3-8305-3839-4

ISBN E-Book: 978-3-8305-4038-0

Inhalt

Vorwort	7
Erster Teil	
Die 34 „Fundstücke“	9
AMMON, Das Aktiengesetz und die Versicherungsuntersuchungen	11
BECKER, Das Hofgängersystem in der ostdeutschen Landwirtschaft	19
BRENCK, Die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen in Hessen.	23
DEISENHOFER, Der Begriff der Sippe im Reichserbhofrecht	27
ESSER, Wert und Bedeutung der Rechtsfiktionen.	31
FRITZLE, Schadensersatzansprüche des Hilfeleistungspflichtigen	40
GUCKES, Das Börsenehrengericht	45
HAUG, Die familienrechtliche Einbindung einzelner Gegenstände im Erbfall ...	49
HEDEMANN, Die Flucht in die Generalklauseln.	55
KRÜGER, Banden- und Cliquenbildungen Hamburger Jugendlicher während des Krieges (1940–1943) unter besonderer Berücksichtigung der Ursachen ihrer Entstehung und ihrer Struktur	60
LANGE, Vom Gesetzesstaat zum Rechtsstaat	65
LARENZ, Vertrag und Unrecht	68
LOTH, Die testamentarische Erbeseinsetzung.	75
MAUNZ, Hauptprobleme des öffentlichen Sachenrechts	83
MEYER, Die Gemeinschaft und das persönliche Eherecht im ZGB unter Berücksichtigung des BGB	98
MOLITOR, Deutsches Arbeitsrecht.	104
MOLITOR, Deutsches Bauern- und Agrarrecht	109
NEUHAUS, Die Rückverweisung bei Alimentenklagen im deutschen internationalen Privatrecht.	115
NIKISCH, Arbeitsrecht	119
ROSENSTOCK, Jugendgerichte und Jugendschutzgerichte	124
SCHLOEN, Die Vererbung von Bauernhöfen im Alten Amte Ottersberg	132
SCHMIDT, Einführung in die Rechtswissenschaft	136
SCHOLZ, Handbuch des gesamten öffentlichen Grundstücksrechts	145
SCHÜRHOLZ, Kauf bricht Miete	190

SIEBECK, Das öffentliche Dienstrecht	194
STEINMETZ, Rechtsformen zwischenstaatlicher Fernmelde-Konzerne und des europäischen Fernmeldewesens	206
STOCK, Die Strafe als Dienst am Volke	213
THIEDAU, Das Zusammentreffen der Rechte auf Nichtigkeitserklärung, Aufhebung und Scheidung der Ehe als ziviles und prozessuales Problem	219
TRODLER, Die Entwicklung des Jugendgerichtsgedankens in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Strafe und Erziehung . . .	224
WACKE, Beamtenrecht und Öffentliches Dienstrecht	228
WACKE, Öffentliches Dienstrecht.	233
WOLLNIK, Das Wesen des gesetzlichen Forderungsüberganges bei Befriedigung seitens eines Dritten.	240
WORMIT/EHRENFORTH, Das Reichsheimstättengesetz	245
ZIPP, Das Institut der Unterwerfung im geltenden Verwaltungsstrafrecht	251
 Zweiter Teil	
Quantitative Analyse	261
I. Bibliographische Ausprägungen	263
1. Typ	263
2. Verlag.	263
3. Erscheinungsjahr	263
4. Einordnung in eine Reihe	264
5. Umfang	264
II. Inhaltliche Ausrichtung	264
III. NS-Affinität.	264
1. Durch den Gegenstand	264
2. Durch den Verlag.	264
3. Durch das Vorwort/die Widmung/Gestaltungselemente	265
4. Durch andere Mittel.	265
IV. Biographien	265
 Dritter Teil	
Weiterführende Fragestellungen	285
 Literaturverzeichnis	288

Vorwort

Die ersten „Fundstücke“ wurden bei der Sichtung der an verschiedenen Stellen gelagerten öffentlich-rechtlich ausgerichteten Bücherbestände des Instituts für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig entdeckt.¹

Zwischenzeitlich wurden die beiden Standorte (Abteilung Wirtschafts- und Technikrecht sowie Abteilung Umwelt- und Energierecht) zusammengeführt. Bei der Vorbereitung des Umzuges stieß ich auf die – überwiegend zivilrechtlich geprägten – „Fundstücke“, die die Grundlage für diesen Band bilden. Wie im eben schon erwähnten Band „Fundstücke“ geht es hier im Wesentlichen darum, zunächst das Material auszubreiten und zu strukturieren. Zu dem Zweck werden in einer Überschrift zunächst aufgelistet:

- Autor
- Titel
- kurze Angaben zum Autor²
- Angaben zum Erscheinungsort, zum Verlag sowie zum Erscheinungsjahr
- Art des Buches.

Im zweiten Teil finden sich Ansätze einer quantitativen Analyse, die von bibliographischen Ausprägungen über die inhaltliche Ausrichtung, eine etwaige NS-Affinität bis hin zu den Autoren selbst reicht.

Abgerundet wird der Band durch einen knappen dritten Teil, in dem weiterführende Fragestellungen angedeutet werden.

Bei der Erstellung des Bandes hat B. Sc. Thomas Nagl, Wissenschaftliche Hilfskraft im Institut für Rechtswissenschaften der TU Braunschweig, in einer Weise mitgewirkt, die über das übliche Maß von Unterstützung weit hinausreicht. So sind insbesondere die Informationen zu den Autoren ihm und seinen akribischen Recherchen zu verdanken. Ihm danke ich an dieser Stelle sehr herzlich.

Mit den „Fundstücken“ sowie den „Fundstücken 2“ liegt nunmehr reichhaltiges Material vor, das der weiteren Auswertung harret. Durchaus vorstellbar erscheint die Gewinnung von Erkenntnissen zu Ausprägungen der Rechtswissenschaften im Nationalsozialismus, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. Das gilt erst recht, wenn das übergeordnete Thema Kontinuität – Diskontinuität der Rechtswissenschaften vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland mit in die Betrachtung einbezogen wird.

Braunschweig, Dezember 2017

Edmund Brandt

1 BRANDT, Fundstücke, RATUBS Nr. 1/2015.

2 Gerade bei den vergleichsweise zahlreich vertretenen Dissertationen war es nur schwer, zum Teil auch überhaupt nicht möglich, Angaben dazu ausfindig zu machen. Es musste dann auf die Angaben zum Lebenslauf in den Doktorarbeiten selbst zurückgegriffen werden.

Erster Teil

Die 34 „Fundstücke“

AMMON, HEINZ

Das Aktiengesetz und
die Versicherungsuntersuchungen

Diplomvolkswirt und Diplomversicherungsverständiger
aus Stuttgart

Tübingen: 1939

Inaugural-Dissertation

TÜBINGEN

1939

AMMON

Heinz

Das Aktiengesetz
und
die Versicherungsunternehmen

in a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

z u r

E r l a n g u n g d e s D o k t o r g r a d e s

e i n e r

Lehrstuhl für Rechtswissenschaft
Technische Hochschule Braunschweig

Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Rechtswissenschaftliche Abteilung

d e r

Eberhard Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von

D r . r e c . p o l . H e i n z A m m e n

D i p l o m v o l k w i r t

u n d

D i p l o m v e r s i c h e r u n g s v e r s t ä n d i g e r

a u s S t u t t g a r t

1 9 3 9

Obmann: Professor Dr. E i s s e r

1. Berichterstatter: Professor Dr. H l e m m e y e r

2. Berichterstatter: Professor Dr. F e i n e

Tag der mündlichen Prüfung: 11. November 1939

Inhaltsverzeichnis

Schrifttum	VI
§ 1 Einleitung	1
I. Die Unternehmungsformen in der deutschen Privatversicherung	1
II. Die Verteilung von Aktiengesellschaft und Gegenseitigkeitsverein	3
III. Erwerbswirtschaftliches contra genossen- schaftliches Prinzip Theorie und Wirk- lichkeit	4
IV. Die Rechtsgrundlagen von Aktiengesellschaft und Gegenseitigkeitsverein, insbesondere das Aktiengesetz	9
V. Umgrenzung der Arbeit.	13
§ 2 Gründung von Versicherungsunternehmen und damit zusammenhängende Fragen.	
I. Materielle Staatsaufsicht.	14
II. Der Geschäftsplan als Grundlage für die Er- laubniserteilung, insbesondere die Satzung	18
1. Der Gegenstand des Unternehmens	20
2. Das Grundkapital der Versicherungs- aktiengesellschaft	23
a) Seine Funktion als Garantiefonds	24
b) Vinkulierte Namensaktion	25
c) Forderungen zur Vollschlung des Grundkapitals.	29
d) Rechtfertigung des teilgezahlten Grundkapitals.	31
III. Gründungsbericht und Gründungsprüfung bei der Versicherungs-Aktiengesellschaft	33
1. Der Gründungsbericht.	34
2. Die Gründungsprüfung.	35
a) Durch die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats.	35
b) Durch die Gründungsprüfer.	36

IV. Die Prüfung durch die Aufsichtsbehörde.	39
1. Die Möglichkeiten der Erlaubnisverweigerung.	39
2. Die Richtlinien des Reichswirtschaftsministers zur Bedürfnisprüfung	41
V. Die Prüfung durch das Registergericht	43
VI. Das Verhältnis der Prüfung der Aufsichtsbehörde zu der des Registergerichts bei der Versicherungs-Aktiengesellschaft.	45
1. Die Beurteilung von Rechtsfragen	45
2. Die Beurteilung von Ermessensfragen.	46
3. Die Verfassung der Versicherungsunternehmungen	48
I. Überblick über die Neugestaltung	48
II. Vorstand und Aufsichtsrat.	
1. Der Vorstand.	
a) Stellung und Funktionen	50
b) Bestellung und Abberufung	53
2. Der Aufsichtsrat	57
a) Zusammensetzung	58
b) Innere Ordnung	62
c) Aufgaben und Rechte	64
3. Gerichtlich bestellte Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und Sonderbeauftragte der Aufsichtsbehörde.	65
4. Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	69
5. Die Besätze, insbesondere die Gewinnbeteiligung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	75
III. Die Hauptversammlung bzw. oberste Vertretung.	82
1. Rechte	83
2. Einberufung.	85
3. Das Auskunftsrecht des Aktionärs bzw. des Mitglieds.	87
4. Das Stimmrecht	88
5. Die Sonderprüfung.	93
4. Die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmungen.	
I. Geschichtliche Einführung	96
II. Rechnungsabschluss und Jahresbericht.	101
1. Feststellung und Veröffentlichung.	101

- IV -

a) Die Feststellung	101
b) Die Gewinnverteilung.	105
c) Die Veröffentlichung.	110
2. Die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere ihre Gliederung.	
a) Die Jahresbilanz.	112
b) Die Gewinn- und Verlustrechnung	118
c) Eine Methodenfrage.	120
3. Der Jahresbericht.	
a) Der Inhalt.	124
b) Die Schutzklausel	125
c) Die Gewinnbeteiligung im Jahresbericht.	128
4. Die Wertansätze in der Jahresbilanz.	
a) Die handelsrechtlichen Wertbegriffe	129
b) Das Anlage- und Umlaufvermögen und seine Bewertung	131
c) Die Besonderheiten bei den Versicherungsunternehmen.	132
III. Die Prüfung des Rechnungsabchlusses.	
1. Die Wendung in den aktienrechtlichen Prüfungsverschriften	139
2. Die Angleichung der Prüfungsverschriften des VAG	140
3. Die Abschlussprüfung im einzelnen.	
a) Der Umfang der Pflichtprüfung	141
b) Die Bestellung des Prüfers und seine Qualifikation	143
c) Meinungsverschiedenheiten zwischen Prüfer und Vorstand.	144
d) Der Bericht des Prüfers	145
e) Der Bestätigungsvermerk	147
4. Weitere Prüfungen bei Versicherungsunternehmen.	149
IV. Die Konzernpublizität im Versicherungswesen.	
1. Das Wesen des Konzerns und des Konzernunternehmens.	151
2. Die Bedeutung der Konzernabildung im Versicherungswesen.	153
3. Massnahmen des Aufsichtsamts	154
4. Die aktienrechtlichen Vorschriften über Konzernpublizität im Jahresabschluss und Geschäftsbericht	156
5. Die Bedeutung dieser Vorschriften für Versicherungsunternehmen	158
6. Die Konzernbilanz.	161

5. Die Auflösung von Versicherungsunternehmen.	
I. Die Auflösungsgründe des Aktiengesetzes und des Versicherungsaufsichtsgesetzes	165
1. Die Auflösung durch Beschlüsse der Hauptversammlung bzw. obersten Vertretung.	167
2. Besonderheiten bei der Auflösung durch Eröffnung des Konkursverfahrens	168
II. Die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs durch die Aufsichtsbehörde.	170
III. Die Abwicklung.	172
1. Die Gesellschaftsorgane	174
2. Gerichtlich bestellte Abwickler und Sonderbeauftragte der Aufsichtsbehörde	175
3. Die Verteilung des Vermögens	177
IV. Die Fortsetzung einer aufgelösten Versicherungsunternehmung.	179
6. Zur Bestandsübertragung, Verschmelzung und Vermögensübertragung von Versicherungsunternehmen	184
I. Die Bestandsübertragung	184
II. Die Verschmelzung	190
1. Die Verschmelzung von Versicherungsaktiengesellschaften durch Aufnahme.	
a) Der Verschmelzungsvertrag	192
b) Die Erhöhung des Grundkapitals zur Durchführung der Verschmelzung	194
c) Die Anmeldung und Eintragung der Verschmelzung.	196
d) Der Gläubigerschutz bei der Verschmelzung	200
2. Die Verschmelzung von Versicherungsaktiengesellschaften durch Neubildung	203
3. Die Verschmelzung von Gegenseitigkeitsvereinen	207
a) Die herrschende Lehre	208
b) Eigener Standpunkt	210
III. Die Verstaatlichung und die Vermögensübertragung auf einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	215
1. Die Verstaatlichung.	215
2. Die Vermögensübertragung auf einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	217
IV. Die Vermögensübertragung einer Versicherungs-Aktiengesellschaft in anderer Weise	221
7. Schlussbetrachtung.	225

BECKER, HARALD

Das Hofgängersystem in der
ostdeutschen Landwirtschaft

Regierungsreferendar

Frankfurt am Main: 1934

Dissertation

VIII D 310

Das Hofgänger-system in der Ostdeutschen Landwirtschaft.

Differtation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer Höhen Rechtswissenschaftlichen Fakultät

an der

Johann Wolfgang Goethe-Universität

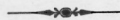
zu Frankfurt a. Main

vorgelegt von

Harald Becker,

Regierungsreferendar

Hannover. Lehrstuhl für Rechtswissenschaft
Technische Hochschule Braunschweig



Druck von J. Hoffmann & Co., Mienburg a. d. Weser
1934.

3220

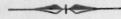
Gliederung.

	Seite
Einleitendes	1
I	
Geschichtliche Grundlagen des Hofgänger-systems	
A Die ländliche Arbeitsverfassung vor den Reformen von Stein-Hardenberg	2
B Die durch die Reformen veränderte Arbeitsverfassung	4
1. Die Wirkung der Reformen	4
2. Das Insten- und Deputantenverhältnis	6
3. Die Verpflichtung, Hofgänger zu stellen	6
C Die Entwicklung der Arbeitsverfassung bis heute	10
II	
Das Hofgänger-system in der Gegenwart	
A Allgemeine Voraussetzungen	
1. Der heutige Landarbeitervertrag	17
2. Wer wird Hofgänger?	18
3. Tatsächliche Stellung und Bedarf an Hofgängern	19
B Die Ausgestaltung des Hofgänger-systems	21
I. in Pommern	21
a) Der Deputantenvertrag hinsichtlich der Hofgängergestellung	21
b) Die Stellung des Hofgängers im Gutsbetriebe	24
II. in Ostpreußen	28
a) Der Deputantenvertrag hinsichtlich der Hofgängergestellung	28
b) Die Stellung des Hofgängers im Gutsbetriebe	31
III. in beiden Provinzen das Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger	34
a) bei Kindern und sonstigen Angehörigen	34
b) bei familienfremden Personen	35
IV. in Schlesien	37
C Gesetzliche Bestimmungen	38
D Die wirtschaftliche Bedeutung des Hofgänger-systems	38
I. für den Arbeitgeber	38
II. für den Deputanten	41
III. für den Hofgänger	46
E Die Einstellung der Berufsverbände zu dem Hofgänger-system	46
I. Arbeitgeber	46
II. Arbeitnehmer	47

III

Die rechtliche Seite des Hofgänger-systems

A Einleitendes	48
B Das Hofgänger-system in Pommern	49
I. Das rechtliche Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger	49
a) Der Hofgänger ist ein minderjähriges Kind des Deputanten	50
b) Der Hofgänger ist die Ehefrau des Deputanten	54
c) Der Hofgänger ist ein volljähriger Angehöriger oder eine familienfremde Person	54
II. Der Deputantenvertrag	58
a) seine rechtliche Bedeutung	58
b) Das Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Hofgänger	61
c) Die Verbundenheit der einzelnen Rechtsbeziehungen	63
III. Abweichende Auffassungen	71
a) Die Konstruktion von Vottmar	71
b) Die Annahme eines Dienstverschaffungsvertrages	72
c) Kritik	77
C Das Hofgänger-system in Ostpreußen	80
I. Das rechtliche Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Hofgänger	80
II. Der Deputantenvertrag	81
III. Das rechtliche Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger	89
D Das Hofgänger-system in Schlesien	94
E Zusammenfassung	95



BRENCK, LOTHAR

Die Rechtsverhältnisse
der öffentlichen Straßen in Hessen

Gießen: Dissertations-Verlag G. H. Nolte Düsseldorf, 1935

Dissertation

VII G ~~520~~
440 330

2) Die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen in Hessen

3) Dissertation
zur
Erlangung der Doktormürde
bei der Juristischen Fakultät
der Hessischen Ludwigs-Universität
zu Gießen

eingereicht von
1) Lothar Brend
geboren in Offenbach a. M.



4) Gießen 1935.

Dissertations-Verlag G. H. Nolte Düsseldorf

V G
330

Die Rechtsverhältnisse
der öffentlichen Straßen in Sachsen

Genehmigt durch die Fakultät am 19. Dezember 1934.

Berichterstatter: Prof. Dr. Gmelin.



Lehrstuhl für Rechtswissenschaft
Technische Universität Braunschweig

inventar Nr. 5293

Inhalts-Übersicht

	Seite
Einleitung	§ 1 1
I. Die geschichtliche Entwicklung des Straßenwesens in Hessen	§ 2 2
II. Der öffentliche und private Weg im hessischen Rechtsgebiet	§ 3 9
Die Einteilung der öffentlichen Wege	§ 4 14
III. Inhalt und Umfang der Wegebaulast im Allgemeinen	§ 5 16
1. Die Wegebaulast der Landstraßen erster Ordnung	§ 6 20
2. Die Wegebaulast der Landstraßen zweiter Ordnung	§ 7 21
3. Die Wegebaulast der Gemeindewege	§ 8 24
4. Der Begriff der Ortsdurchfahrt	§ 9 27
5. Die Wegebaupflicht der Ortsdurchfahrten	§ 10 29
IV. Die außerordentliche Wegebaupflicht	§ 11 33
V. Der Rechtsinhalt des Gemeingebruchs und die Sondernutzung an öffentlichen Straßen	§ 12 37
a) Der Rechtsinhalt des Gemeingebruchs	39
b) Die Sondernutzung	40
VI. Die Rechte der Anlieger an öffentlichen Straßen	§ 13 42
VII. Das Bauverbot nach Artikel 20 Absatz 4 der Allgemeinen Bauordnung	§ 14 44
VIII. Die Anliegerbeiträge	§ 15 49
a) Die Beitragspflicht der Anlieger im Allgemeinen	49
b) Die Beitragspflicht zu den öffentlichen Fußwegen	57
c) Die Rechtsnatur der Anliegerbeiträge	60
d) Das Verhältnis zwischen den Beiträgen nach Art. 107 Absatz 1 der hessischen Gemeindeordnung und den Anliegerbeiträgen	65
e) Das Verhältnis zwischen Kanalbenutzungsgebühren nach Artikel 108 der hessischen Gemeindeordnung und den Anliegerbeiträgen	69

DEISENHOFER, EDUARD

Der Begriff der Sippe
im Reichserbhofrecht

SS-Standartenführer und Divisionskommandeur

Göttingen: 1944

Dissertation